

Holger Lengfeld

Die Kosten der Hilfe.

Europäische Fiskalkrise und die Bereitschaft zur Zahlung einer europäischen Solidaritätsteuer

Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig

Die *Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie* erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge. Bisher erschienene Berichte können unter unten angegebener Adresse angefordert werden. Eine Liste der bisher erschienenen Berichte findet sich am Ende jedes Arbeitsberichts und im Internet unter unten angegebener Adresse. Dort ist auch ein Großteil der Arbeitsberichte direkt online verfügbar. Für die Inhalte sind allein die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Redaktion: Sascha Grehl

Kontakt: Institut für Soziologie
Universität Leipzig
Beethovenstr. 15
04107 Leipzig

Tel: +49 (0) 341 9735 656 (Sascha Grehl)
640 (Sekretariat Fr. Müller)

Fax: +49 (0) 341 9735 669

E-Mail: sascha.grehl@uni-leipzig.de

Web: http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte_berichte.php

1. Einleitung

Die europäische Staatsschuldenkrise, die bisher vermutlich schwerste Krise der Europäischen Union (EU), ging 2014 bereits ins fünfte Jahr.¹ Ihr Auslöser war 2008 der Ausfall von Hypothekenkrediten in den USA, der bei europäischen Banken zu einer beispiellosen Entwertung von Anlagepapieren führte und in der Folge die Finanzierung der Realwirtschaft beeinträchtigte. Auf die darauf folgende Staatsschuldenkrise und die Gefährdung der gemeinsamen Währung haben die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) mit erheblichem finanziellen Aufwand reagiert. Im November 2008 war Ungarn das erste Land, das Kredite von der EU erhielt. Es folgten Lettland (12/2008), Rumänien (2009), Griechenland (2010), Irland (2010), Portugal (2011), Zypern (2011) und Spanien (2012). Da die zunächst eingeführten ad hoc-Hilfen nicht ausreichten, wurde 2010 der "European Financial Stabilisation Mechanism" mit einem Kreditvolumen von 60 Mrd. € etabliert, rasch gefolgt von "European Financial Stability Facility" (EFSF) (440 Mrd. €, EFSF 2012), der wiederum seit 2013 vom permanenten "European Stability Mechanism" (ESM) (500 Mrd. €) abgelöst wurde.² Mitgliedstaaten der Eurozone können seither aus dem ESM Kredite erhalten, wenn deren wirtschaftliche Probleme die Eurozone als Ganzes gefährden. Hierzu müssen sie nachhaltige Reformen der Aufgaben- und Wirtschaftsstruktur anstoßen, die mit der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem IWF ausgehandelt werden.

Die Vergabe von Bürgschaften und Krediten sowie der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB ist nicht nur ein Schritt zur weiteren institutionellen Vertiefung der europäischen Integration. Ich gehe davon aus, dass die Rettungsschirmpolitik auch eine vormals ungeahnte Ausweitung transnationaler Solidarität darstellt. Diese Diagnose ist nicht unumstritten (siehe statt anderer Streeck 2013 sowie einige Beiträge in Heidenreich 2014). Denn die Rettungsschirme folgen einem Prinzip, das Georg Vobruba, ursprünglich im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung, als „eigennützige Hilfe“ der Staaten des wohlhabenden Kerneuropas bezeichnet hat (Vobruba 2005). Die heutige Finanzhilfe soll verhindern, dass die gemeinsame Währung in Gefahr gerät. Zugleich sollten weitere Kreditausfälle der überschuldeten Staaten, die von Unternehmen und Bürgern der wohlhabenden EU-Länder getragen werden müssten, verhindert

¹ Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Projekts „Fiscal Solidarity in the European Union“, das vom Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg im Jahr 2012 finanziell gefördert wurde. Julia Häuberer und Sara Schmidt waren an der Konzeption der Studie an meinem damaligen Hamburger Lehrstuhl beteiligt, Jürgen Hofrichter und Roberto Heinrich (infratest dimap Berlin) haben die Umfrage gewohnt zuverlässig umgesetzt, und Roger Berger sowie Florian Kley (beide Leipzig) haben hilfreiche Hinweise zu diesem Aufsatz gegeben. Ihnen allen danke ich herzlich.

² Siehe <http://www.esm.europa.eu/>.

werden. Aber auch „eigennützige Hilfe“ ist und bleibt Hilfe: neben den Prinzipien der bürger-schaftlichen Hilfe und der Hilfe auf Gegenseitigkeit zählt sie zu den wichtigen Formen der europäischen Solidarität (Lengfeld et al. 2012; Mau 2009). Zudem hat sich im Krisenverlauf herausgestellt, dass das exakte Verhältnis von Kreditvolumen und Rückzahlungshöhe nicht feststeht, weil EU und IWF mehrfach Entscheidungen zur Ausweitung der Kredite (vor allem für Griechenland), zur Änderung des Zinsniveaus und zum Rückzahlungszeitpunkt geändert haben. Im Falle eines Kreditausfalls würden die öffentlichen Haushalte der Geberländer daher massiv belastet. Damit sind auch die Geberländer mit unvorhersehbaren finanziellen Risiken konfrontiert. Einige Beobachter interpretieren die geschaffenen Rettungsmaßnahmen daher bereits als Intensivierung der europäischen Finanzintegration und als einen Einstieg in eine euro-päische Transferunion (vgl. statt anderer Degenhart 2011; Lammers 2011).

In demokratisch verfassten Gesellschaften gilt, dass Regierungen auf Dauer nicht gegen die Mehrheitsmeinung ihrer Bevölkerungen handeln können. In diesem Fall würde der Wahlme-chanismus zu einem Austausch der politischen Führung auslösen (Kriesi 2012; Toshkov 2011). Angesichts des diagnostizierten Endes des permissiven Konsenses über die europäische In-tegration (Hooghe/Marks 2009; Rauh/Zürn 2014) nehme ich an, dass der dauerhafte Bestand der Hilfsmaßnahmen auch davon abhängt, ob die Bürger der EU-Länder, insbesondere jene der gegenwärtigen Geberländer, den eingeschlagenen Weg für legitim halten, ob sich die EU-Hilfs-maßnahmen also auf die Werte der Bürger stützen können. In diesem Beitrag frage ich daher, ob die Bürger Deutschlands den Einstieg der EU in die transnationale finanzielle Hilfe unter-stützen, d.h. ob sie sich transnational fiskalpolitisch solidarisch zeigen. Unter *transnationaler fiskalpolitischer Solidarität* verstehe ich eine Zahlungsbereitschaft, die überschuldeten EU-Ländern, die sich in einer akuten wirtschaftlichen Notlage befinden, zugutekommen soll. In diesem Beitrag konzentriere ich mich auf Deutschland, unter anderem deshalb, weil es bisher den größten Anteil zur Stabilisierung der überschuldeten Länder in der Eurozone geleistet und damit einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung einer möglichen EU-Transferunion hat.

Der Aufsatz gliedert sich in sechs Abschnitte. Im nächsten Abschnitt suche ich nach Argumen-ten auf die Frage, ob die Mehrheit der Bürger Deutschlands die Idee der transnationalen fiskal-politischen Solidarität trägt. Der Befund fällt skeptisch aus, da die europäische Rettungsschirm-politik einen doppelten institutionellen Bruch darstellt: zum einen mit dem vorherrschenden Modus der Umverteilung zwischen den Bürgern *innerhalb* eines Staates, typischerweise in Form von Sozialpolitik oder durch Umverteilung zwischen Regionen, und zum anderen mit der „No Bailout“-Regel, wonach weder die EU noch einzelne Mitgliedstaaten Haushalte anderer

Mitgliedstaaten direkt unterstützen durften. Im dritten Abschnitt argumentiere ich, dass die Bereitschaft zur transnationalen fiskalpolitischen Solidaritätsbereitschaft *konditioniert* ist, d.h. von bestimmten Bedingungen abhängt. Zu den wichtigsten Konditionen zählen die unmittelbaren Kosten der Hilfe: Wer anderen mit Geld hilft, muss bereit sein, einen Teil seines individuellen Wohlstandes beizusteuern. Damit stellt sich die Frage, ob die Bürger auch zu individuellen finanziellen Beiträgen bereit sind. Dies ist zwar eine hypothetische Frage, da die EU-Rettungsschirme aus den Staatshaushalten der Mitgliedsländer und nicht über individuelle Beiträge (Steuern oder Abgaben) der Bürger finanziert werden. Dennoch kann man sich der Antwort auf diese Frage mithilfe von Szenarien nähern. Zugleich kann man die Robustheit von *generalisierter*, d.h. von den konkreten Konditionen abstrahierender Solidaritätsbereitschaft prüfen: in welchem Maße sind Bürger, die sich auf abstrakter Ebene solidarisch zeigen würden, auch bereit, einen individuellen Beitrag zu leisten? Anders gefragt: wie groß ist der Zusammenhang zwischen generalisierter und konditionierter Solidarität?

Zur Beantwortung dieser Fragen verwende ich Daten einer deutschen Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2012, die ich durch Sekundärdaten ergänze (Abschnitte 4 und 5). Die Ergebnisse zeigen, dass sich im Jahr 2012 Befürworter und Gegner der generalisierten fiskalpolitischen Solidarität die Waage hielten. Der Anteil der Befürworter ist beim Krisenverlauf jedoch nicht gesunken, sondern leicht gestiegen. Mittels Szenariotechnik über hypothetische Steuersätze werden die möglichen Kosten der Hilfe operationalisiert. Die deskriptiven Befunde zeigen, dass die Unterstützung nochmals deutlich geringer ausfällt, wenn die Bürger eine (hypothetische) Solidaritätssteuer zur Finanzierung der Rettungsschirme leisten sollen. Offenbar werden die Kosten selbst von vielen Befürwortern der generalisierten Solidarität als zu hoch empfunden. Dennoch ist eine Mehrheit bereit, im Falle eines Steuersatzes von 0,5% des eigenen Einkommens, aus eigener Tasche Hilfe zu erbringen. Weiterhin zeigen multivariate Berechnungen, dargestellt anhand von conditional effects plots, dass zwischen der generalisierten und der konditionierten Solidaritätsbereitschaft ein positiver, aber nur moderater Zusammenhang besteht, der sich bei sinkendem Steuersatz jedoch verstärkt.

Im letzten Abschnitt komme ich zu dem Schluss, dass die Solidaritätsbereitschaft auch unter den Bedingungen individueller Kosten höher ist als man im Zuge euroskeptischer Diskussionen im Europawahljahr 2014 annehmen könnte. Zugleich folgere ich, dass Messungen der europäischen Solidaritätsbereitschaft methodisch dann zu legitimitätsbezogen belastbareren Aussagen führen würden, wenn die Bürger Einsicht in die Konditionen der Hilfe erhalten.

2. Transnationale Solidarität als doppelter institutioneller Bruch

Unterstützt die Mehrheit der Deutschen den eingeschlagenen Weg der fiskalpolitischen transnationalen Solidarität? Grundsätzlich scheint hier Skepsis angebracht zu sein. Die in wenigen Jahren etablierten Maßnahmen stellen einen Bruch mit zwei institutionellen Pfaden dar. Der erste Bruch besteht darin, dass gesellschaftliche Umverteilung seit Etablierung des Wohlfahrtsstaats in Europa gegen Ende des 19. Jahrhunderts Kernbestandteil nationalstaatlicher Kompetenz ist. Wie Thomas Marshall (1949/83) dargelegt hat, ist die Herstellung des Nationalstaats in Europa untrennbar mit der Herstellung sozialer Gleichheitsrechte der Staatsbürger verbunden. Umverteilung findet daher vorrangig zwischen Staatsbürgern innerhalb der Grenzen des nationalstaatlichen Territoriums statt, d.h. zwischen Menschen, die gleiche Rechte und gleiche Pflichten für einander aufbringen müssen. Die Akzeptanz für Umverteilung basiert damit auf der Zuschreibung kultureller Gleichheit, die durch eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte geprägt ist (Bayertz 1999; Faist 2001; Mau 2009) und die innerhalb des Nationalstaats ungleich stärker ist als zwischen den Staaten Europas. Nationalbürger sind ihrem Staat gegenüber steuer- und ggf. wehrpflichtig, unterliegen der nationalen Schulpflicht, können an den nationalen Wahlen nur ihres Staates teilnehmen und partizipieren an dessen Umverteilungsleistungen. Auch die territoriale Umverteilung innerhalb des Staats, wie der deutsche Länderfinanzausgleich, basiert im Kern auf der Solidaritätsbekundung der Nationalbürger.

Im Vergleich zu diesen nationalstaatlich kodierten Rechten und Pflichten ist der Grad der Rechte und Pflichten, die die EU-Bürger gemeinsam teilen, eindeutig schwächer. Dennoch ist das nationale Monopol durch die Durchsetzung des europäischen Staatsbürgerstatus aufgeweicht worden. EU-Bürger haben im Rahmen der Freizügigkeitsregelungen das Recht, in jedem EU-Staat ihrer Wahl erwerbstätig zu sein, Sozialleistungen zu beziehen, wenn zuvor eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde oder diese nachweisbar angestrebt wird, und sich an Kommunalwahlen zu beteiligen (Gerhards/Lengfeld 2013a,b; 2014; 2015). Gleichwohl führt der europäische Staatsbürgerstatus nicht zu Umverteilung. Er generiert einen neuen Typus von transnationaler Chancengleichheit (Münch 2008). Dieser Typ ermöglicht Menschen beliebiger EU-Staaten, am Wohlstand zu partizipieren, der in anderen EU-Ländern hergestellt wird, verpflichtet sie aber zugleich, an der Herstellung dieses Wohlstands mitzuwirken. Dennoch ist zu erwarten, dass das nationale Band der Solidarität zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen, wie es vorrangig innerhalb des nationalen Wohlfahrtsstaats organisiert wird, stärker ist als das Band zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen unterschiedlicher EU-Staaten.

Der zweite Grund, der gegen die Legitimität transnationaler fiskalpolitischer Solidarität spricht, ist, dass EFSF und ESM eine radikale Änderung des überkommenen europäischen Verteilungsregimes darstellen. Bevor die Finanzkrise Europa erreicht hat, fand Umverteilung zwischen den EU-Staaten vorrangig auf regionaler Ebene im Rahmen der Kohäsionspolitik statt. Seit Inkraftsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 verwendet die europäische Union Regional- und Strukturfonds zur Reduktion von Disparitäten zwischen NUTS-II Regionen mit dem Ziel, Infrastruktur, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsfähigkeit zu steigern (Carrubba 1997; European Commission 2007; Mau 2004). Jenseits der Regionalförderung sind unmittelbare Hilfen für Staatshaushalte im Rahmen der „No Bailout-Klausel“ untersagt. Art. 125 des Vertrags über die Funktionsweise der Europäischen Union (TFEU) besagt:

„(1) Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.“

Gleiches gilt für bilaterale Hilfen zwischen Mitgliedstaaten. EFSF und ESM wirken jedoch genau wie die von Art. 125 TFEU ausgeschlossenen Hilfsmaßnahmen. Aus diesem Grund wurden die ersten Hilfsmaßnahmen des EFSF mit Art. 122 TFEU begründet, wonach Mitgliedstaaten, die von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Schwierigkeiten (z.B. Versorgungsengpässe) ernstlich bedroht sind, finanziellen Beistand der EU erhalten können. Da die Hilfgelder in Form von Krediten und nicht als Zuschüsse gewährleistet wurden, ging die EU-Kommission davon aus, dass die Rettungsschirme von den Verträgen abgedeckt sind. Faktisch jedoch wirken sie wie Subventionen, jedenfalls dann, wenn Teile der Kredite gestundet werden oder wenn es zu einem Schuldenschnitt kommt. Außerdem verhindern sie einen weiteren Anstieg des Schuldendienstes des überschuldeten Landes, denn dieses ist durch die EU-Kredite nicht gezwungen, Schuldverschreibungen in gleicher Höhe mit Zinsen in Rekordhöhe an den Märkten zu emittieren.

Innerhalb von wenigen Jahren hat die EU damit eine klare Abkehr vom „No Bailout“ vollzogen. Artikel 136 TFEU wurde in einem Passus ergänzt, wonach die Euroländer einen Stabilitätsmechanismus einrichten können, „der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen“. Zwar kann man vermuten, dass die Mehrheit der Deutschen die Details dieser vertraglichen Regelungen der EU

nicht kennt. Allerdings wurde der Bruch mit der „No Bailout-Klausel“ in den deutschen Medien öffentlich breit diskutiert.³ Daher gehe ich davon aus, dass zumindest Teile der deutschen Bevölkerung über die Abkehr vom Verbot der finanziellen Unterstützung von EU-Mitgliedsstaaten informiert sind.

Welche Wirkung könnte dieser zweifache institutionelle Bruch auf die Bereitschaft zur transnationalen fiskalpolitischen Solidarität haben? Erste Hinweise geben Befunde jüngerer Umfragestudien. In der Eurobarometerumfrage 74.1 wurde im Herbst 2010, also zu einem relativ frühen Zeitpunkt der Krise, die Frage gestellt, ob es wünschenswert sei, dass das eigene Land (das Land des jeweiligen Befragten) anderen EU-Ländern, die sich in ernsthaften finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, finanziell helfen sollte. Unter den deutschen Befragten stimmten 46 % zu, 45 % lehnten ab und 4 % hatten keine Meinung (European Parliament 2010: 65). Ein Jahr später wurde in einer weiteren Eurobarometerumfrage gefragt, ob die EU im Zuge der Reform globaler Finanzmärkte Eurobonds einführen sollte. 44 % der Europäer stimmten diesem Vorschlag zu und 24 % lehnten ab (European Commission 2011: 131). Allerdings gaben 31 % der Befragten an, dass sie hierzu keine Meinung haben, was darauf hindeutet, dass die Bürger erhebliche Schwierigkeiten mit der Kenntnis und der Bewertung des Vorschlags „Eurobonds“ hatten. In Deutschland zeigte sich ein nahezu umgekehrtes Stimmungsbild. Nur gut ein Viertel der Deutschen hielten Eurobonds für eine sinnvolle Maßnahme, 45 % lehnten ab. Im Jahr 2012 schließlich haben Bechtel et al. (2014) in einer Online-Umfrage unter 5000 Wahlberechtigten gefragt, ob Deutschland mehr oder weniger Geld in die europäischen Rettungsschirme einzahlen solle. Hierauf antworteten zwei Drittel der Befragten mit „weniger einzahlen“, ein Viertel antwortete mit weder noch und 4,5 % plädierten für höhere Einzahlungen.

Diese empirischen Befunde decken das Argument des doppelten institutionellen Bruchs. Daher gehe ich davon aus, dass die Mehrheit der Deutschen fiskalpolitische Solidarität mit überschuldeten EU Mitgliedsländern zum bisherigen Höhepunkt der Krise im Jahr 2012 ablehnt. Welche Annahme kann man unabhängig davon über den Verlauf der Solidaritätsbereitschaft über die Zeit treffen? Einleitend habe ich darauf hingewiesen, dass die Zahl der überschuldeten Staaten

³ Siehe beispielsweise entsprechende Berichte in der Frankfurter Allgemeine Zeitung 2010 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/hilfen-fuer-griechenland-europaeische-vertraege-verbieten-einen-bail-out-1936387.html>; sowie der ARD-Tagesschau 2013 (http://www.tagesschau.de/wahl/parteien_und_programme/euro-krisenpolitik100.html)

im Krisenverlauf ebenso anstieg wie der Umfang der aufzubringenden Kredite und Bürgschaften. In den deutschen Medien und der politischen Öffentlichkeit wurde dieser steigende Finanzbedarf insbesondere von Griechenland kontrovers diskutiert. Daher ist anzunehmen, dass die Zuspitzung der Krise zwischen 2010 und 2013 zu einem Rückgang der Solidaritätsbereitschaft der Deutschen geführt hat. In der Bevölkerung könnte die Überzeugung gewachsen sein, dass trotz steigender Einzahlungen in die Rettungsfonds keine nachhaltige Stabilisierung der Staatshaushalte Griechenlands oder Spaniens erreicht wurde. So ist in Griechenland die politische Instabilität während der Jahre 2011 und 2012 massiv gestiegen. Teilweise waren gewaltsame Konflikte zwischen der griechischen Regierung und Gegnern der EU-Austeritätspolitik die Folge (Gerodimos 2013; Kriesi 2012; Rogers/Vasilopoulou 2012). Daher gehe ich davon aus, dass die Unterstützung institutioneller Solidaritätsmechanismen in Deutschland im Krisenverlauf rückläufig war.

Zusammengefasst lauten die Annahmen dieses Abschnitts also wie folgt:

H1: Die Mehrheit der Deutschen lehnt transnationale Solidarität mit überschuldeten EU-Ländern auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2012 ab.

H2: Die Bereitschaft zu transnationaler Hilfe ist in Deutschland zwischen 2010 und 2013 zurückgegangen.

3. Konditionierte Solidarität

Nun kann man einwenden, dass nur wenige Bürger bereit sein werden, anderen EU-Ländern größere Kredite zukommen zu lassen, ohne die Konditionen zu kennen, zu denen geholfen werden soll. Daher gehe ich davon aus, dass die Bürger ihre Bereitschaft zur Hilfe von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen. Transnationale fiskalpolitische Solidarität ist demnach „konditioniert“ (Gerhards/Lengfeld 2014: 220). Eine der Konditionen besteht darin, dass die Befolgung der Werte für den Einzelnen direkte Kosten nach sich ziehen, also teuer werden kann. In der bisherigen Betrachtung habe ich diese Kosten ausgeblendet und von generalisierter Solidaritätsbereitschaft gesprochen. Nun geht es darum, ob die Bürger zu Hilfszahlungen auch dann bereit sind, wenn sie selbst einen eigenen Teil dazu beitragen müssten. Diese Frage ist hypothetisch, denn der individuelle Anteil an den Kosten, den der Einzelne für die Rettungsschirme zu tragen hat, ist nicht bezifferbar. Es handelt sich um eine statistische Belastung, d.h. die individuellen Kosten lassen sich nur als durchschnittliches Pro-Kopf-Maß ermitteln.

Eine direkte Belastung der individuellen Ressourcenausstattung gibt es also derzeit nicht. Eine solche entstünde etwa dann, wenn die europäische Union oder die Nationalstaaten direkte Steuern erheben würden, deren Einnahmen zur Finanzierung der europäischen Rettungsmaßnahmen eingesetzt würden. Solche Solidaritätssteuern sind nicht realitätsfern, weil sie jenen Abgaben gleichen, die die Bürger innerhalb mancher Nationalstaaten zum Zwecke regionaler Umverteilung zahlen müssen; etwa der deutsche „Solidaritätszuschlag“, der in Höhe von 5% auf die Einkommen-, Kapitalertrags- oder Körperschaftssteuer geleistet werden muss und zum Aufbau der ostdeutschen Bundesländer verwendet wird. Eine europäische Solidaritätssteuer, die sich in ähnlicher Weise an der Höhe des zu versteuernden Einkommens bemessen würde, ist also ein Gedankenexperiment. Dieses Experiment kann aber geeignet sein, die individuelle Bereitschaft zur Übernahme von Kosten der Solidarität zu bestimmen. Zwei Fragen leiten die folgenden Überlegungen an:

- 1) In welchem Ausmaß wären die Deutschen bereit, eine ausschließlich zu Zwecken der Hilfeleistung für überschuldete EU-Länder zu entrichtende Steuer zu bezahlen, und wie stark variiert diese Bereitschaft mit der Höhe der zu erhebenden Steuer?
- 2) Wie eng ist der Zusammenhang zwischen der generalisierten Solidaritätsbereitschaft, die von den individuellen Kosten der Hilfe abstrahiert, und der konkreten Bereitschaft zur Entrichtung der Solidaritätssteuer (konditionierte Solidarität)?

Zu 1) Erste Hinweise auf das Ausmaß der individuellen Zahlungsbereitschaft kann man Studien zur „tax compliance“ entnehmen. Dort wurde gezeigt, dass die Bereitschaft zur Zahlung von Steuern auch von der Existenz sozialer Normen abhängt (z.B. Alm/Torgler 2011; Torgler 2007). Einerseits sind Steuerpflichtige eher bereit, den wahren Wert ihres Einkommens bei der Bemessung der Steuergrundlage anzugeben, wenn sie das öffentliche Gut, das von den Steuern finanziert wird, selbst nutzen und wertschätzen. Zur Norm wird diese Bewertung, wenn eine Gesellschaft ein hohes Niveau der Wertschätzung dieser öffentlichen Güter aufweist. In diesem Fall fühlen sich auch solche Steuerpflichtige zu mehr Steuerehrlichkeit verpflichtet, die das öffentliche Gut geringer nutzen oder wertschätzen (Cullis et al. 2012; Sandmo 2005).⁴

⁴ Vergleichbare Befunde gibt es auch in der Umweltforschung. So zeigen Liebe und Preisendörfer (2007), dass die Bereitschaft, sich finanziell für die biologische Vielfalt im Wald einzusetzen, dann steigt, wenn Personen, die in der Nähe dieses Waldes leben, eine moralische Zahlungsverpflichtung wahrnehmen („es muss etwas getan werden“) die sich auch persönlich in der Pflicht zur Zahlung sehen.

Überträgt man diesen Befund auf die Bereitschaft zur Zahlung einer europäischen Solidarsteuer, so kann man vermuten, dass nur wenige Personen eine Norm zur individuellen Zahlungsverpflichtung wahrnehmen werden. Der erste Grund ist, dass die Unterstützung von überschuldeten EU-Staaten im geringeren Maße ein öffentliches Gut ist bzw. als solches bewertet wird als die Infrastruktur des Nationalstaats, dem ein Bürger angehört. Denn ein solches wäre die Stabilisierung der Haushalte überschuldeter Staaten nur dann, wenn ihre Nutzung allen Europäern zur Verfügung stünde. Es ist aber fraglich, ob der mit den Rettungsschirmen angezielte Nutzen „Stabilisierung der Eurozone“ den Deutschen mehrheitlich zu Gute kommt. Zweitens unterscheiden sich mit der räumlichen Reichweite der Steuersysteme national-europäisch auch die Wahrnehmungen zur Zahlungsverpflichtung. Eine Norm zur Zahlungsverpflichtung über die nationalen Grenzen hinaus, die von Bürgern als verhaltensleitend wahrgenommen würde, ist aber recht unwahrscheinlich, aus den im zweiten Abschnitt benannten Gründen des doppelten Bruchs mit der bisherigen Pfadabhängigkeit. Wenn der verstärkende Einfluss der Norm auf die Zahlungsbereitschaft aber ausfällt, bleiben lediglich individuelle (altruistische) Wertvorstellungen als verhaltensleitende Größe.

Drittens nehme ich an, dass der Grad der Sensibilität für die individuelle Kostenbelastung außerordentlich hoch ist, so dass man von einer hohen Preiselastizität der Geber sprechen kann. Darauf weisen quasi-experimentelle Befunde von Bechtel et al. (2014) hin. In einem Online durchgeführten Szenario wurden Deutsche gebeten anzugeben, ob sie für oder gegen die Beteiligung Deutschlands an einem EU-Rettungsschirm votieren würden, wenn es über diese Frage eine Volksabstimmung gäbe. Die Befragten wurden zuvor zufällig in vier Gruppen eingeteilt. Zwischen den Gruppen variierte der Anteil des Beitrags Deutschlands zum EU-Rettungsschirm (zw. 123 und 418 Mrd. €). Es zeigt sich, dass die Bereitschaft, in einer hypothetischen Volksabstimmung gegen eine finanzielle Beteiligung Deutschlands zu stimmen, mit der Höhe der Hilfszahlungen ansteigt. Verglichen mit der Gruppe der geringsten Hilfszahlung haben Probanden der Gruppe mit dem Höchstbeitrag eine um 31 % höhere Wahrscheinlichkeit, in der Volksabstimmung gegen den Rettungsschirm zu votieren. Überträgt man diese Befunde auf die oben gestellte Frage nach der Bereitschaft zur Bezahlung einer Solidaritätssteuer, so ist zu vermuten, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Hilfszahlungen, die durch Sondersteuern erhoben werden, ablehnt. Analog zu Bechtel et al. (2014) unterstelle ich, dass der Umfang der Ablehnung der Steuer mit der Höhe des Steuersatzes ansteigt.

Zu 2) Die von Andreas Diekmann und Peter Preisendörfer im Kontext der der Umweltforschung formulierte „low cost-Hypothese“ besagt, dass der Einfluss der Werte auf das Verhalten umso größer ist, je geringer die Kosten sind, die dem Individuum entstehen, wenn es eine

mit den Werten konsistente Handlung ausführen würde (Diekmann/Preisendörfer 2003). Die antizipierten oder tatsächlichen Verhaltenszumutungen fungieren damit als Moderator zwischen den Werten und dem Verhalten. Überträgt man diese Hypothese auf den Zusammenhang von generalisierter und konditionierter Solidarität, so müsste erstere die individuelle Zahlungsbereitschaft umso stärker beeinflussen, je geringer die Zahlungszumutungen wären. Die Schnittmenge von generalisierter und konditionierter Solidarität ist umgekehrt umso geringer, je höher die Kosten sind, die der Einzelne für sein solidarisches Verhalten aufbringen muss. Empirische Evidenz für diesen Zusammenhang lässt sich auch den jüngsten Arbeiten von Jürgen Gerhards entnehmen. In zwei Umfragestudien zur europäischen Sozialintegration wurde untersucht, in welchem Ausmaß die Bürger Migranten, die aus anderen EU-Ländern stammen, die gleichen ökonomischen, politischen und sozialen Rechte zubilligen wie sich selbst (Gerhards/Lengfeld 2009b; 2013a; 2014; 2015). Ein Bestandteil des theoretischen Konzepts zur Messung von europäischer Sozialintegration war, dass die Bürger ihren Gleichheitsvorstellungen auch konsistente Handlungen folgen lassen sollten, z.B. indem sie Dienstleistungen von EU-Migranten in Anspruch nehmen oder durch Zuwanderung bedingte Kürzungen öffentlicher Leistungen akzeptieren. In Szenarien wurde gezeigt, dass diejenigen, die sich in generalisierter Hinsicht für gleiche Rechte von Inländern und EU-Migranten aussprachen, sich auch im höheren Maße konsistent zu ihren Werten verhalten würden als dies die Gegner der Gleichheitsrechte täten. Zugleich verstärkte sich der Zusammenhang zwischen Einstellungen und der Intention zur Ausführung eines Verhaltens, je geringer die Kosten waren, die der Einzelne für seine Werte aufzubringen hatte (Gerhards/Lengfeld 2013a: 96ff, 157ff, 201ff).

Zusammengefasst mündet dieser Abschnitt also in folgende Hypothesen:

- H3: Die Mehrheit der Deutschen ist nicht bereit, einen dauerhaften individuellen finanziellen Beitrag zur Rettung von überschuldeten EU-Ländern (Solidaritätssteuer) zu leisten, unabhängig von der Höhe des Beitrags.
- H4: Je geringer die individuellen Kosten der Hilfe sind, desto höher ist die Bereitschaft zu transnationaler Solidarität.
- H5: Der Zusammenhang zwischen konditionierter und generalisierter Solidarität steigt, je geringer die individuelle Kostenbelastung durch Hilfszahlungen ist.

4. Daten, Variablen und Methoden

Indikatoren zum solidarischen Verhalten oder zu Verhaltensintentionen im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise sind bisher nicht Gegenstand ländervergleichender Umfragen. Aus diesem Grund haben wir im Jahr 2012 eine telefonische Befragung in Deutschland und Portugal durchgeführt. Die beiden Länder wurden ausgewählt, um an ihrem Beispiel den Effekt der jeweiligen fiskalpolitischen Lage des Landes auf die Solidaritätsbereitschaft zu überprüfen. Im Folgenden verwende ich ausschließlich Daten der deutschen Teilerhebung.

Der Fragebogen wurde an der Universität Hamburg konzipiert und in eine laufende Mehrthemenbefragung eingespeist, die vom Meinungsforschungsinstitut TNS - infratest dimap Berlin in der Zeit vom 3.-7.7.2012 durchgeführt wurde. Das Erhebungsinstrument enthielt geschlossene Fragen, mit denen Einstellungen und Bewertungen zur gegenwärtigen Staatsschuldenkrise, zu Politik und Gesellschaft sowie soziodemographische Merkmale erhoben wurden. Es wurde eine multistratifizierte Haushaltsstichprobe auf Flächenbasis (Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreis sowie BIK-Gemeindetypen) mit zufälliger Zielpersonenauswahl im Haushalt gezogen. Die Telefonnummern wurden mittels Random Digit Dialing (nur Festnetzanschlüsse) nach dem Gabler-Häder-Verfahren durchgeführt. Es wurden 999 Interviews mit wahlberechtigten Personen ab 18 Jahren telefonisch zu unterschiedlichen Tageszeiten durchgeführt. Die durchschnittliche Antwortdauer betrug zehn Minuten (ohne Soziodemografie). Einstellungen zur generalisierten fiskalpolitischen Solidarität wurden mit folgendem Indikator gemessen:

„Zurzeit wird viel über die Eurokrise und die schwierige finanzielle Situation von Ländern wie Griechenland, Spanien oder Portugal diskutiert. Hierzu möchten wir Sie ganz allgemein um Ihre Meinung bitten. Bitte sagen Sie mir zu der folgenden Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, sie eher ablehnen oder sie voll und ganz ablehnen: In Zeiten der Krise soll [Deutschland] anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union, die vor erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen, finanziell helfen.“⁵

Um Trendaussagen machen zu können, ziehe ich zusätzlich Daten von Umfragen heran, die das US-amerikanische „Pew Research Center“ zwischen 2010 und 2013 in Deutschland zum gleichen Thema durchgeführt und publiziert hat (PEW 2013)⁶. Dabei wurde folgendes Item verwendet: “Do you think the (survey country) government should provide financial assistance to

⁵ Als Vorlage für diese Formulierung diente ein Item, das im Eurobarometer 74.1 eingesetzt wurde: QC10, „In times of crisis, it is desirable for (OUR COUNTRY) to give financial help to another EU Member State facing severe financial and economic difficulties.“ (European Parliament 2010: 63ff.)

⁶ Die Daten sind erhältlich unter <http://www.pewglobal.org/category/datasets/>.

other European Union countries that have major financial problems, or don't you think the government should do this? (yes/no, d.k.)“. Beim Vergleich der Daten muss man in Rechnung stellen, dass sich beide Erhebungen hinsichtlich Stichprobenziehung (Pew: Random Digit Dial [(RL(2)D]-Stichprobenziehung mit Festnetz- und Mobiltelefonnummern), Itemformulierung und Skalentyp etwas voneinander unterscheiden. Die methodisch bedingten Abweichungen kann man aber durch einen Vergleich der Pew-Daten mit den FSEU-Daten aus 2012 abschätzen.

Um die Kostensensibilität am Beispiel einer europäischen Solidarsteuer zu erheben, wäre es ideal, zusätzlich eine experimentelle Messung solidarischen Verhaltens durchzuführen. Dies war im FSEU-Projekt finanziell nicht möglich. Stattdessen haben wir drei Szenarien integriert, in denen folgende hypothetische Situation beschrieben wird:

„Stellen Sie sich jetzt bitte folgende ausgedachte Situation vor. Um in der Zukunft Haushaltskrisen von in Not geratenen EU-Ländern zu bekämpfen, müssen alle Mitgliedsländer einen Hilfsbeitrag erheben. Der Hilfsbeitrag wird von allen Personen in der EU gezahlt, die ein eigenes Einkommen haben. Er wird dauerhaft erhoben und nur zur Bekämpfung der Krise in Not leidenden EU-Ländern verwendet. Wie stehen Sie zu den folgenden Vorschlägen?“

Jedem Befragten wurden nun nacheinander drei Vorschläge zur Höhe des Steuersatzes unterbreitet und ihr Grad der Zustimmung zur Zahlungsbereitschaft separat erfragt (stimme voll und ganz zu; stimme eher zu, lehne eher ab, lehne voll und ganz ab).

„Jeder in der EU sollte als Hilfsbetrag ...

- a. 3 Prozent seines Einkommens zahlen, mindestens aber 30 Euro im Monat.
- b. 2 Prozent seines Einkommens zahlen, mindestens aber 20 Euro im Monat.
- c. ½ Prozent seines Einkommens zahlen, mindestens aber 5 Euro im Monat.

Ziel war es, mithilfe der Abstufungen jenen Grad der Bereitschaft zu finanziellem Engagement zu erheben, zu dem die Mehrheit bereit wäre, die hypothetische Steuer zu unterstützen. Die absoluten Euro-Beiträge wurden eingefügt, weil diese die individuelle Belastung anschaulicher machen als relative Prozentsätze.

Des Weiteren haben wir folgende soziodemografischen Merkmale und weitere soziale Einstellungen der Befragten erhoben, die einen Einfluss auf die Solidaritätsbereitschaft haben (siehe auch Bechtel et al. 2014): Alter, Geschlecht, Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet), höchster Bildungsabschluss (einschließlich Hochschulabschluss), politische Selbsteinschät-

zung (auf der links-rechts-Skala), Einstellungen zum Nationalismus und Einstellungen zur europäischen Identität (siehe Variablenbeschreibung im Anhang). Diese Variablen wurden ausgewählt, weil sie in anderen Analysen Effekte auf Einstellungen zur europäischen Sozialintegration gezeigt haben (Bechtel et al. 2014: 36ff.; Daniele/Geys 2012; Gabel/Palmer 1995; Gorodzeisky/Semyonov 2009; Hooghe/Marks 2005; Kriesi et al. 2008; Gerhards/Lengfeld 2013a,b; Mau/Burkhart 2009). Auf separate Hypothesen verzichte ich an dieser Stelle, weil das Interesse nicht auf der Prüfung oder dem Vergleich der Effekte der Kovariaten liegt.

Zur Bestimmung der Solidaritätsbereitschaft (Hypothese H1) führe ich zunächst relative Häufigkeitsauszählungen anhand des Indikators der generalisierten Solidarität durch (gewichtet). Für die Trendbestimmung ergänze ich diesen Befund durch Analysen mit PEW-Daten für die Jahre 2010 bis 2013 (gewichtet) (Hypothese 2). Die Zustimmung zu den drei Szenarien der hypothetischen Solidarsteuer (H3 und 4) bilde ich ebenfalls über relative Häufigkeiten ab. Um den Zusammenhang zwischen generalisierter und konditionierter Solidarität zu ermitteln (H5), prüfe ich, inwiefern Personen, die sich auf generalisierter Ebene solidarisch zeigen, auch bereit sind, die drei hypothetischen Steuersätze zu akzeptieren. Im ersten Schritt werden die Personen danach gruppiert, ob sie der generalisierten Solidarität zustimmen oder sie ablehnen. Anschließend trage ich das Antwortverhalten in den Szenarien ab, ergänzt durch Cramers V als Maß zur Bestimmung der Stärke des Zusammenhangs. Da anzunehmen ist, dass der bivariate Zusammenhang von der individuellen Ressourcenausstattung sowie grundlegenden Werteinstellungen beeinflusst wird, führe ich anschließend multiple lineare Regressionen durch. Abhängige Variable in den Regressionen ist die Zustimmung zu den drei Steuersätzen. Neben der generalisierten Solidaritätsbereitschaft als Haupteffekt gehen die soziodemografischen Merkmale und die Einstellungsvariablen in die Regressionen ein. Ich berichte nicht die vollständigen Regressionen (siehe Tabelle im Anhang), sondern erstelle für jedes Teilszenario einen Conditional Effects Plot, der die durch die Prädiktorvariable generalisierte Solidarität vorhergesagten Werte zur Akzeptanz des jeweiligen Steuersatzes Geraden grafisch darstellt. Anhand der Lage und des Steigungswinkels der Geraden kann man die multivariat kontrollierten Haupteffekte in den drei Regressionen vergleichen.

5. Ergebnisse

Im welchem Ausmaß sind die Bürger bereit, überschuldeten EU-Ländern finanzielle Hilfe zukommen zu lassen? Tabelle 1 gibt die Ergebnisse des FSEU-Surveys zur generalisierten Soli-

daritätsbereitschaft wieder. Zu sehen ist, dass die deutsche Bevölkerung gespalten ist: Zustimmung und Ablehnung halten sich die Waage. Somit scheint die skeptische Position tendenziell recht zu behalten, wonach die institutionelle Verankerung von Umverteilung innerhalb des Nationalstaats und der Bruch mit der „No Bailout“-Regel einer mehrheitlichen Solidaritätsbereitschaft entgegenstehen; H1 wäre mithin anzunehmen. Allerdings ergibt sich aus dieser Spaltung der öffentlichen Meinung die Frage, ob das Glas der Solidarität nun eher halb voll oder halb leer ist. Diese Frage kann man durch den Vergleich in der Zeit klären. Die Daten des Pew Research Center zeigen, dass die Zustimmung während des Krisenverlaufs von 2010 bis 2013 sogar zugenommen hat. Die Tatsache, dass die Krise sich, massenmedial sichtbar gemacht, bis zum Jahre 2013 zugespitzt hat, hat also zu keinem Rückgang der Solidaritätsbereitschaft geführt. Möglicherweise ist das Vertrauen der Bürger in die Rettungsschirmpolitik angestiegen, da die negativen finanziellen Folgen für das eigene Land nicht so hoch ausfallen wie befürchtet wurde. Angesichts dieses etwas überraschenden Legitimitätstrends kann man die Frage nach der Füllhöhe des Glases also durchaus mit „halbvoll“ beantworten. Hypothese H2, die einen Rückgang der Solidaritätsbereitschaft behauptet hat, wäre demnach abzulehnen.⁷

Tabelle 1: Generalisierte Solidaritätsbereitschaft für überschuldete EU-Länder (relative Häufigkeiten)

Daten	Jahr	Zustimmung (%)	N
FSEU¹	2012	49,9	971
PEW	2010	43,3	734
PEW	2012	50,7	970
PEW	2013	53,6	999

Anm.: Eigene Berechnungen; gewichtet und gerundet, ohne „weiß nicht“-Antworten. ¹Zustimmungs- und Ablehnungskategorien wurden jeweils zusammengefasst.

Damit komme ich zur Frage nach der individuellen Zahlungsbereitschaft. Tabelle 2 gibt im oberen Teil die Zustimmungsraten zu den drei Steuersätzen wieder. Die Befunde zeigen, dass der Vorschlag einer einkommensabhängigen Solidaritätssteuer keine mehrheitliche Unterstützung in Deutschland findet, egal wie hoch der Steuersatz ist. Hypothese H3 ist also anzunehmen. Dennoch ist die intendierte Zahlungsbereitschaft bereits bei einem Steuersatz von drei Prozent erstaunlich relativ hoch; 16 Prozent aller Befragten stimmen diesem Vorschlag zu. Die

⁷ Vergleicht man die FESU- und PEW-Daten beider Erhebungen für das Jahr 2012, so zeigt sich, dass Abweichungen zwischen den Ergebnissen offenbar nur zu einem geringen Anteil auf die Unterschiede bei der Stichprobenziehung und der Item-Formulierung zurückgehen.

Zahlungsbereitschaft steigt auf 21 Prozent im Falle einer zwei Prozent-Steuer und auf 43 Prozent bei einem Steuersatz von 0,5 Prozent. Wie mit Hypothese H4 vermutet, steigt der Anteil der Befürworter also mit sinkendem Steuersatz. Auch wenn es nicht überraschen kann, dass sich die Mehrheit der Deutschen im hypothetischen Fall der konkreten individuellen Belastung gegen weitere Hilfsmaßnahmen ausspricht, ist es dennoch erstaunlich, dass durchaus 43 % bereit sind, in eine europaweite Solidaritätssteuer einzuzahlen.

Wie stark ist der Zusammenhang zwischen der generalisierten und der konditionierten, die Kosten berücksichtigenden Solidaritätsbereitschaft? In der deskriptiven Analyse wurden Befürworter und Gegner der generalisierten Solidarität gruppiert und deren Zustimmung zu den drei Steuersätzen abgetragen (Tabelle 2, unterer Teil). Die Ergebnisse zeigen, dass die Befürworter der generalisierten Solidarität den drei Steuersätzen häufiger zustimmen als dies die Gegner der generalisierten Solidarität tun. Dies war durchaus erwartbar; die Verhaltensdisposition steht tendenziell im Einklang mit den Werten. Allerdings findet sich unter den Befürwortern nur im Falle des 0,5-prozentigen Steuersatzes eine Mehrheit, die die entsprechende Steuer entrichten würde. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind hoch signifikant. Wie in Hypothese 5 argumentiert, moderieren die Kosten der Handlung den Effekt der generalisierten Wertüberzeugung auf die Zahlungsbereitschaft im Sinne der low cost-Hypothese.

Tabelle 2: Szenario: Individuelle Zahlungsbereitschaft für überschuldete EU-Länder (relative Häufigkeiten)

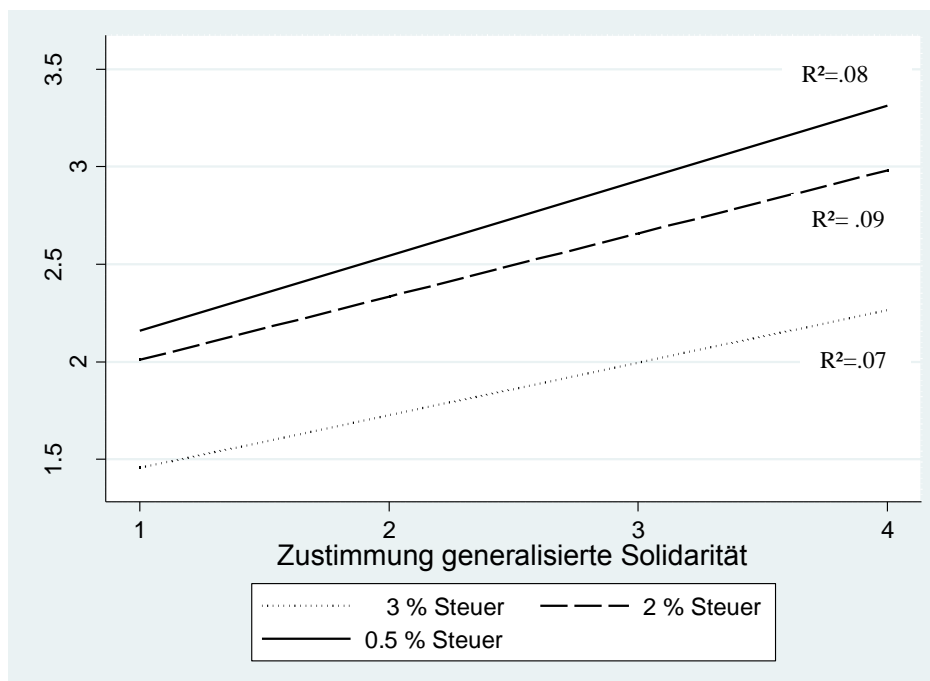
	Einkommensanteil		
	<i>3%, mind. 30€/Mt.</i>	<i>2%, mind. 20€/Mt.</i>	<i>0,5%, mind. 5€/Mt.</i>
Zustimmung zur Solidaritätssteuer (alle Befragten)	16,0	21,1	43,2
Zustimmung zur Solidaritätssteuer			
Gegner generalisierter Solidarität	7,9	10,0	28,7
Befürworter generalisierter Solidarität	24,0	32,1	57,7
Cramer's V	.24***	.25***	.26***

Anm.: Quelle: FSEU 2012, N = 971, eigene Berechnungen, relative Häufigkeiten, gewichtet und gerundet; Zustimmungskategorien wurden jeweils zusammengefasst; *** $p_i < .001$.

Zugleich zeigen die Daten, dass auch unter den Gegnern der fiskalpolitischen Solidarität die Zahlungsbereitschaft steigt, sobald der Steuersatz sinkt. Den 0,5-prozentigen Steuersatz würden 28 Prozent bezahlen, obschon dies der generalisierten Wertüberzeugung entgegensteht. Was

die Ursachen für diese erstaunlich große Zahlungsbereitschaft ist, kann ich an diese Stelle nicht empirisch klären. Einerseits könnte es sich um einen Effekt von sozialer Erwünschtheit handeln. Ein Teil der Zustimmung wäre dann auf die Annahme des Befragten in der telefonischen Interviewsituation zurückzuführen, der Interviewer würde die Zustimmung zur Zahlungsbereitschaft positiv bewerten. Allerdings scheint es mir unwahrscheinlich zu sein, dass diese Verzerrung ein großes Ausmaß annehmen könnte, da in der öffentlichen Debatte in Politik und Medien im Jahr 2012 ausreichend Argumente gegen die Rettungsschirmpolitik genannt wurden. Befragte hätten also auch die vollkommene Verweigerung der Zahlung sich und anderen ausreichend legitimieren können. Wahrscheinlicher scheint mir, dass im Einklang mit den Annahmen der tax compliance-Forschung tatsächlich eine gesellschaftliche Normkontrolle existiert, unabhängig davon, ob sich die Befragten für oder gegen die Idee der transnationalen Solidarität aussprechen. Dies wäre ein weiteres Zeichen dafür, dass Europa nicht allein über die Akzeptanz von gleichen Rechten sozial integriert wird, wie von Jürgen Gerhards gezeigt wurde (Gerhards/Lengfeld 2009a,b; 2013a,b; 2014; 2015), sondern auch über Verhaltensanforderungen, die die Grenzen der Nationalstaaten überschreiten.

Abb. 1: Conditional effects plots: Bedingungen der Solidaritätssteuer



Anm.: Quelle: FSEU 2012, N = 822, eigene Berechnungen, conditional effects plot, basierend auf multivariater Regression, kontrolliert für soziodemografische Merkmale und ausgewählte Einstellungen. Die Geraden beruhen auf unstandardisierten Regressionskoeffizienten. Angegeben ist zusätzlich der Varianzanteil, den die generalisierte Solidarität zur Aufklärung der Gesamtvarianz eines Szenariums beiträgt. Die Haupteffekte sind hochsignifikant (mit $p_t < .001$).

Grafik 1 zeigt, ob der Zusammenhang zwischen generalisierter und konditionierter Solidaritätsbereitschaft stabil bleibt, wenn man für sozioökonomische Merkmale (Alter [einfacher und quadrierter Term für nicht-lineare Zusammenhänge], Geschlecht, Einkommen, Erwerbslosigkeit, Bildungsgrad) und grundlegende Werteeinstellungen (politische Überzeugungen [einfacher und quadrierter Term für nicht-lineare Zusammenhänge], Einstellungen zum Nationalismus, europäische Identität) kontrolliert. Jede Gerade trägt das Ergebnis der durch die generalisierte Solidaritätsbereitschaft vorhergesagten Werte der Akzeptanz des jeweiligen Steuersatzes unter Kontrolle der Kovariate ab; die Steigungswinkel der Geraden beruhen auf unstandardisierten Regressionskoeffizienten. Zusätzlich sind die Varianzanteile angegeben, die die generalisierte Solidarität zur Aufklärung der Gesamtvarianz eines jeden Szenariums beiträgt, berechnet als Differenz zwischen der Varianzaufklärung des Gesamtmodells und der Varianzaufklärung des ausschließlich Kontrollvariablen enthaltenen Modells (schrittweise erweiterte Regressionsmodelle). Die Befunde für alle drei Steuersätze zeigen zunächst: je größer die generalisierte Solidaritätsbereitschaft, desto höher ist die Zustimmung zur Solidaritätssteuer. Der Zusammenhang ist umso stärker, je niedriger der Steuersatz ist: von $b=.27$ ($t=8.12$) bei 3% über $b=.32$ ($t=8.88$) bei 2% bis zu $b=.39$ ($t=8.45$) bei 0,5 %. Der Anteil der durch die generalisierte Solidaritätsbereitschaft aufgeklärten Varianz der drei Szenarien liegt zwischen .07 und .09 bei Gesamtaufklärungsraten R^2 von 12% bis 14% (siehe Tabelle A1 im Anhang).

Die Regressionen zeigen also, dass der Effekt der generalisierten Solidarität auf die Bereitschaft zur individuellen Übernahme von Kosten mit sinkender Kostenbelastung steigt. Die Schnittmenge zwischen Werten und Verhaltensintention ist also umso kleiner, je höher die Kosten sind, die der Einzelne für die Befolgung seiner Werte zu tragen hat; H_5 ist anzunehmen.

6. Schlussfolgerungen

Zu Beginn dieses Aufsatzes bin ich zwei Fragen nachgegangen. 1) In welchem Ausmaß sind die Deutschen zur finanziellen Unterstützung von überschuldeten EU-Ländern bereit? Diese Bereitschaft habe ich mit dem Begriff der „generalisierten“, von den Konditionen der Hilfe abstrahierenden Solidarität bezeichnet. 2) In welchem Ausmaß ist die Solidaritätsbereitschaft „konditioniert“? In diesem Beitrag habe ich mich auf die Beteiligung der Bürger an den direkten Kosten der Hilfe als zentrale Kondition konzentriert. Der Weg der direkten Kostenbeteiligung ist hypothetisch, weil die Bereitstellung von Krediten und Bürgschaften für überschuldete EU-Länder ausschließlich aus dem allgemeinen Steueraufkommen der beteiligten Länder finanziert wird, es also keine direkte, individuelle Beteiligung der Bürger gibt. Allerdings wird die Einführung der gewählten Solidaritätssteuer aus Sicht der Befragten nicht vollständig unrealistisch

sein, da die Deutschen mit dem Solidaritätszuschlag für den Aufbau der ostdeutschen Bundesländer durchaus Erfahrung mit einkommensabhängigen Hilfsbeiträgen gesammelt haben.

Die Ergebnisse der in 2012 durchgeführten FSEU-Bevölkerungsumfrage haben gezeigt, dass etwa die Hälfte der befragten Deutschen generell zu Hilfsleistungen bereit ist. Diese generalisierte Solidaritätsbereitschaft ist im Verlauf der Krise sogar leicht angestiegen. Die Befunde zur konditionierten Solidarität zeigten, dass es 2012 keine Mehrheit für die Bereitschaft gab, dauerhaft einen hypothetischen Solidaritätsbeitrag für hilfebedürftige EU-Länder zu zahlen. Gleichwohl wären 43 % der Befragten bereit, einen Steuersatz von einem halben Prozent des Bruttoeinkommens zu zahlen. Die Analysen haben weiterhin gezeigt, dass die generalisierte Bereitschaft zur Hilfe auch dann ein konformes Verhalten nach sich ziehen kann, wenn die Befragten hierfür direkt zahlen müssten. Unter den Befürwortern der generalisierten Solidarität findet sich eine knappe Mehrheit, die den geringsten vorgeschlagenen Steuersatz von 0,5 Prozent zahlen würde. Multivariat zeigte sich, dass Zusammenhang zwischen generalisierter und konditionierter Solidarität mit sinkendem Steuersatz ansteigt. Diese Befunde weisen darauf hin, dass die finanzielle Bereitschaft zur Hilfe „konditioniert“ ist. Im Einklang mit der low cost-Hypothese (Diekmann/Preisendörfer 2003) wird die Umsetzung der generalisierten Hilfsbereitschaft in ein wertekonformes Verhalten durch die Kosten moderiert, die der Bürger für die Solidarität zu zahlen hat.

Aus diesen Befunden ergeben sich drei Schlussfolgerungen. Erstens scheint es in analytischer Hinsicht nicht ausreichend, die Legitimität von transnationaler Umverteilung allein über generalisierte Einstellungsmessungen zu erheben. Diese können als notwendige, jedoch nicht als hinreichende Bedingung für die Akzeptanz der europäischen Rettungsschirmpolitik angesehen werden. Da sie die Kosten der Hilfe nicht berücksichtigen, können sie nur begrenzt darüber Auskunft geben, ob die Bürger im Falle einer individuell spürbaren finanziellen Belastung die europäischen Rettungsschirme auch akzeptieren würden. Die Studie von Bechtel et al. (2014) sowie die hier vorgestellten Befunde deuten darauf hin, dass sich die Solidaritätsbereitschaft im hohen Maße preissensibel verhält. Je höher die Kosten der Hilfe, die ein Befragter wahrnimmt, desto weniger aussagefähig sind generalisierte Einstellungsmessungen, weil sie keine Auskunft über die Kostenfolgen geben.

Zweitens zeigen die relativ geringen Varianzaufklärungsraten in den Regressionen, dass es noch weitere relevante Konditionen der Solidarität geben muss, die bisher unberücksichtigt sind: Welche konkrete Notlage eines überschuldeten Landes muss aufgetreten sein, damit die Bürger Hilfsleistungen für dieses Land unterstützen? Welche Rolle spielt die Eigenverantwortung des Landes für seine Notlage, um aus Sicht der Bürger legitimerweise Hilfe zu erhalten?

Welche strukturellen Reformen sollten Nehmerländer in Angriff nehmen, d.h. wie hoch sollte aus Sicht der Geber der Preis auf der Seite der Nehmer sein? Diese und weitere Fragen verweisen darauf, dass unsere Kenntnis der Mechanismen der transnationalen Solidaritätsbereitschaft noch sehr gering ist (siehe hierzu Lengfeld et al. 2012 für erste Befunde).

Die dritte Schlussfolgerung bezieht sich auf die politische Interpretation. Tatsächlich ist es schwierig, aus deskriptiven Befunden, die auf Querschnittserhebungen beruhen, belastbare Aussagen zur Legitimität der europäischen Rettungsschirmpolitik zu ziehen. Zwei Hinweise deuten aber darauf hin, dass die Legitimität in der deutschen Bevölkerung möglicherweise größer ist als die öffentlichen Debatten über Euroskeptizismus und das Wählerpotenzial der Partei „Alternative für Deutschland“ im Europawahljahr 2014 vermuten ließen. Ein Hinweis dafür ergibt sich daraus, dass die generelle Bereitschaft zur Solidarität zwischen 2010 und 2013 trotz Verschärfung der Krise leicht zugenommen hat. Der zweite Hinweis ist, dass in der FSEU-Erhebung mehr als zwei Fünftel der Deutschen dem 0,5%-Steuerszenario zugestimmt haben. Dabei muss man in Rechnung stellen, dass die Einführung einer neuen Steuer, zusätzlich zur bisherigen Steuerbelastung, aus Sicht der meisten Bürger ein Ärgernis wäre, da es eine ausgesprochen harte Restriktion des individuellen Budgets darstellen würde. Bereits die bisherige Steuerbelastung wird von der Mehrheit der Deutschen als zu hoch angesehen (z.B. Liebig/Mau 2005: 481). Darüber hinaus für andere europäische Länder zu zahlen ist, wie ich argumentiert habe, also keineswegs selbstverständlich. Schließlich wurde Solidarität, soweit sie institutionell organisiert ist und nicht auf Gruppennormen basiert, bis zur Rettungsschirmpolitik vorrangig unter den Bürgern des jeweils eigenen Nationalstaates hergestellt. Justiert man also die Erwartungen an transnationale europäische Solidarität auf einem realistischeren Niveau neu aus, so wäre als Fazit zu ziehen: das Glas der transnationalen Solidarität ist nicht halb leer, sondern halb voll.

Literatur

- Alm, James, und Benno Torgler. 2011. Do ethics matter? Tax compliance and morality. *Journal of Business Ethics* 101:635-651.
- Bayertz, Kurt. 1999. Four uses of „solidarity“. In *Solidarity*, Hrsg. (ders.), 3-28. Dordrecht/Boston: Springer VS.
- Bechtel, Michael M., Jens Hainmueller, und Yotam M. Margalit. 2014. Preferences for international redistribution: the divide over the Eurozone bailouts. *American Political Science Review* 58:835-856.
- Carrubba, Cliff J. 1997. Net financial transfers in the European Union: Who gets what and why? *The Journal of Politics* 59:469–496.
- Cullis, John, Philip Jones, und Antonio Savoia. 2012. Social norms and tax compliance: Framing the decision to pay tax. *The Journal of Socio-Economics* 41:159–168.
- Daniele, Gianmarco, und Benny Geys. 2012. Public support for institutionalised solidarity: Europeans' reactions to the establishment of Eurobonds. WZB Discussion Paper SP II 2012-112.
- Degenhart, Christoph. 2011. Auf dem Weg zu einer quasi-föderalen Haftungs- und Transfergemeinschaft. *Wirtschaftsdienst* 91:374–377.
- Diekmann, Andreas, und Peter Preisendörfer. 2003. Green and greenback: The behavioral effects of environmental attitudes in low-cost and high-cost situations. *Rationality and Society* 15:441-472.
- EFSF 2012: EFSF places €3 billion bond in support of Portugal.
<http://www.efs.europa.eu/mediacentre/news/2011/2011-010-efs-places-3-billion-bond-in-support-of-portugal.htm> (Zugegriffen: 4. Jul. 2012).
- European Commission - DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities (2007): *Ten years of the European Employment Strategy (EES)*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- European Commission (2011): *Standard Eurobarometer 76: Public opinion in the European Union. First results*.
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb76/eb76_first_en.pdf (Zugegriffen: 1. Okt. 2012).
- European Parliament (2010): *Europeans and the crisis - special Eurobarometer wave 74.1*. Brussels: Directorate-General for Communication.
- Faist, Thomas. 2001. Social citizenship in the European Union: Nested membership. *Journal of Common Market Studies* 39:37-58.
- Gabel, Matthew, Harvey Palmer. 1995. Understanding variation in public support for European Integration. *European Journal of Political Research* 27:3-19.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld. 2009a. Europäisierte Chancengleichheit? Einstellungen zur Öffnung des deutschen Arbeitsmarkts für EU-Ausländer. *Berliner Journal für Soziologie* 19:627-652.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld. 2009b. Von der nationalen zur europäischen sozialen Sicherheit? Das Gleichheitsskript der Europäischen Union und die Einstellungen der Bürger. In *Ökonomie und Sozialstaat in der Transnationalisierung*, Hrsg. Sylke Nyssen, und Georg Vobruba, 109-131. Wiesbaden: Springer VS.

- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld. 2013a. Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer VS.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld. 2013b. European Integration, equality rights and people's beliefs: Evidence from Germany. *European Sociological Review* 29:19-31.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld. 2014. In welchem Maße ist die Europäische Union eine sozial integrierte Gesellschaft? In *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*, Hrsg. Martin Heidenreich, 201-226. Wiesbaden: Springer VS.
- Gerhards, Jürgen, Holger Lengfeld. 2015. *European citizenship and social integration in the European Union*. London: Routledge (im Erscheinen).
- Gerodimos, Roman. 2013. Greece: Politics and the crossroads. *Political Insight*, April 2013:16-19.
- Gorodzeisky, Anastasia, Moshe Semyonov. 2009. Terms of exclusion: Public views toward admission and allocation of rights to immigrants in European countries. *Ethnic and Racial Studies* 35:401-423.
- Heidenreich, Martin. 2014. *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hooghe, Lisbet, Gary Marks. 2005. Calculation, community and cues: Public opinion on European Integration. *European Union Politics* 6:419-443.
- Hooghe, Lisbet, Gary Marks. 2009. A postfunctionalist theory of European integration: From permissive consensus to constraining dissensus. *British Journal of Political Science* 39(1):1-23.
- Kriesi, Hanspeter. 2012. The political consequences of the financial and economic crisis in Europe: Electoral punishment and popular protest. *Swiss Political Science Review* 18:518-522.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romaine Lachat, Marin Dolezal, Simon Bornschie, und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lammers, Konrad. 2011. Die EU auf dem Weg in die Transferunion? *Wirtschaftsdienst* 91:381-384.
- Lengfeld, Holger, Sara Schmidt, Julia Häuberer. 2012. Solidarität in der europäischen Fiskal-krise: Sind die EU-Bürger zu finanzieller Unterstützung von hoch verschuldeten EU-Ländern bereit? Erste Ergebnisse aus einer Umfrage in Deutschland und Portugal. *Hamburg Reports of Contemporary Societies* 05/2012. http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/sozialoekonomie/lengfeld/HRCS/HRCS_05_2012.pdf. (Zugegriffen: 10. Nov. 2014).
- Liebe, Ulf, und Peter Preisendörfer. 2007. Zahlungsbereitschaft für kollektive Umweltgüter. Theoretische Grundlagen und empirische Analysen am Fallbeispiel der Wertschätzung biologischer Vielfalt im Wald. *Zeitschrift für Soziologie* 36:326-345.
- Liebig, Stefan, und Steffen Mau. 2005. Wann ist ein Steuersystem gerecht? Einstellungen zu allgemeinen Prinzipien der Besteuerung und zur Gerechtigkeit der eigenen Steuerlast. *Zeitschrift für Soziologie* 34:468-491.
- Marshall, Thomas H. 1949/1983. *Class, citizenship, and social development. Essays*. Westport: Greenwood Press.

- Mau, Steffen. 2004. Transnationale Transfers in der EU-Regionalpolitik. Die institutionelle Bearbeitung eines verteilungspolitischen Problems. In *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften*, Hrsg. Stefan Liebig, Holger Lengfeld, und Steffen Mau, 331-360. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Mau, Steffen. 2009. Europäische Solidarität: Erkundung eines schwierigen Geländes. In *Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung, Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen*, Hrsg. Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull, und Siegfried Schieder, 63-88. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Mau, Steffen, und Christoph Burkhardt. 2009. Migration and welfare state solidarity in Western Europe. *Journal of European Social Policy* 19:213-229.
- Münch, Richard. 2008. Constructing a European society by jurisdiction. *European Law Journal* 14:519–541.
- Pew Research Center. 2013. The new sick man of Europe: the European Union. <http://www.pewglobal.org/files/2013/05/Pew-Research-Center-Global-Attitudes-Project-European-Union-Report-FINAL-FOR-PRINT-May-13-2013.pdf> (Zugegriffen: 12. Jun. 2013).
- Rauh, Christian, und Michael Zürn. 2014. Zur Politisierung der EU in der Krise. In *Krise der europäischen Vergesellschaftung? Soziologische Perspektiven*, Hrsg. Martin Heidenreich, 221-245. Wiesbaden: Springer VS.
- Rogers, Chris, und Sofia Vasilopoulou. 2012. Making sense of Greek austerity. *The Political Quarterly* 83:777-785.
- Sandmo, Agnar. 2005. The theory of tax evasion: a retrospective view. *National Tax Journal* 58:643-663.
- Streeck, Wolfgang. 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Torgler, Benno. 2007. *Tax compliance and tax morale*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Toshkov, Dimiter. 2011. Public opinion and policy output in the European Union: A lost relationship. *European Union Politics* 12:169–191.
- Vobruba, Georg. 2005. *Die Dynamik Europas*. Wiesbaden: Springer VS.

Anhang

Tabelle A1: Determinanten der Zahlung einer Solidaritätssteuer (Regressionskoeffizienten)

	<i>½ % Steuer-</i> <i>satz</i>	<i>2 % Steuer-</i> <i>satz</i>	<i>3 % Steuer-</i> <i>satz</i>
Alter	-.051*** (-4.06)	-.036*** (-3.56)	-.025** (-2.74)
Alter quadriert	.000*** (3.60)	.000*** (3.32)	.000** (2.99)
Geschlecht (1 = Frauen)	.115 (1.49)	.048 (0.77)	.024 (0.43)
Einkommen (äquivalenzgewichtet)	-.022 (-0.29)	-.051 (-0.85)	.002 (0.03)
Bildung (kein Schulabschluss)			
Volksschulabschluss	.153 (1.09)	-.103 (-0.91)	-.124 (-1.20)
mittlerer Schulabschluss	.105 (0.85)	-.041 (-0.42)	-.021 (-0.23)
Hochschulreife	.050 (0.32)	-.014 (-0.11)	.088 (0.77)
Politische Selbsteinschätzung (0 = links, 10 = rechts)	.203** (3.03)	.178** (3.31)	.095 (1.95)
Politische Selbsteinschätzung quadriert	-.018** (-2.69)	-.018** (-3.30)	-.010* (-2.08)
Identifikation mit Europa (0= nur deutsch, 1 = deutsch & euro- päisch)	.249** (2.86)	.172* (2.46)	.175** (2.75)
Generalisierte Solidaritätsbereit- schaft	.385*** (8.45)	.324*** (8.88)	.270*** (8.12)
<i>Konstante</i>	<i>1.774**</i> (2.85)	<i>1.686**</i> (3.38)	<i>1.186**</i> (2.61)
<i>R²</i>	<i>.13</i>	<i>.15</i>	<i>.13</i>

Quelle: FSEU 2012, eigene Berechnungen, lineare Regressionen, Gewichtung nach Soziodemografie. Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten, t-Werte in Klammern, * $p_t < .05$, ** $p_t < .01$, *** $p_t < .001$.

Tabelle A2: FSEU Survey 2012: Kontrollvariablen

Variable	Wertebereich	Frage- und Itemtexte
Alter	18-91	Darf ich fragen, wie alt Sie sind?
Geschlecht	1,2	[Interviewer-generiert: 1=männlich, 2=weiblich]
Haushaltsmitglieder	0-9	Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen? Denken Sie bitte auch an Kinder. Und wie viele davon sind Kinder unter 14 Jahren?
Einkommen	Numerisch	Zu welcher der Einkommensgruppen, die ich Ihnen gleich vorlese, gehört Ihr Haushalt? Gemeint ist das monatliche Haushalts-Nettoeinkommen, also nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung. Bis unter 400 Euro; 400 bis unter 750 Euro; 750 bis unter 1.500 Euro; 1.500 bis unter 2.000 Euro; 2.000 bis unter 2.500 Euro; 2.500 bis unter 3.000 Euro; 3.000 bis unter 4.000 Euro; 4.000 bis unter 5.000 Euro; 5.000 Euro und mehr. <i>Rekodierung: Zuweisung der Gruppenmittelwerte außer unterste (-100) und oberste Kategorie (+ 2500); Äquivalenzgewichtung und Logarithmierung.</i>
Bildung	1-5	Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluss haben Sie? 1 Haupt- oder Volksschul-Abschluss 2 Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule 3 Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS) 4 Von der Schule abgegangen ohne Schulabschluss 5 Noch in Schulausbildung <i>Rekodierung: Zusammenfassung von 1 & 4, Löschung 5:</i>
Links-Rechts-Selbsteinstufung	1-11	In der Politik spricht man manchmal von „links“ und „rechts“. Wo auf einer Skala von 0 bis 10 würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für ganz links steht und 10 für ganz rechts? (Skalierung: 11-Punkt-Skala, 0: links, 10: rechts) <i>Rekodierung: Skalierung +1.</i>
Europäische Identität	1-3	Sehen Sie sich in erster Linie... 1: nur als [Deutsche/r] 2: als [Deutsche/r] und Europäer/in 3: nur als Europäer/in? <i>Rekodierung: Zusammenfassung 2 & 3.</i>

Bisher erschienene Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie

(für eine vollständige Übersicht der z.T. als PDF zur Verfügung stehenden Texte siehe:

http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte_berichte.php)

Nr. 1 (1/99)

Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 1997/98.

Nr. 2 (1/99)

Martin Abraham & Thomas Voss: Das Zahlungsverhalten von Geschäftspartnern. Eine Untersuchung des Zahlungsverhaltens im Handwerk für den Raum Leipzig.

Nr. 3 (1/99)

Martin Abraham, Thomas Voss, Christian Seyde & Sabine Michel: Das Zahlungsverhalten von Geschäftspartnern. Eine Untersuchung des Zahlungsverhaltens im Handwerk für den Raum Leipzig. Codebuch zur Studie.

Nr. 4 (4/99)

Thomas Voss & Martin Abraham: Rational Choice Theory in Sociology: A Survey.

Nr. 5 (7/99)

Martin Abraham: The Carrot on the Stick. Individual Job Performance, Internal Status and the Effect of Employee Benefits.

Nr. 6 (11/99)

Kerstin Tews: Umweltpolitik in einer erweiterten EU. Problematische Konsequenzen des einseitigen Rechtsanpassungszwangs am Beispiel der umweltpolitischen Koordination zwischen der EU und Polen.

Nr. 7 (1/00)

Martin Abraham & Christian Seyde: Das Zahlungsverhalten von Auftraggebern: Eine Auswertung der Mittelstandsbefragung der Creditreform e.V. im Frühjahr 1999.

Nr. 8 (3/00)

Martin Abraham & Per Kropp: Die soziale Einbettung von Konsumententscheidungen. Studienbeschreibung und Codebook.

Nr. 9 (6/00)

Martin Abraham: Vertrauen, Macht und soziale Einbettung in wirtschaftlichen Transaktionen: Das Beispiel des Zahlungsverhaltens von Geschäftspartnern.

Nr. 10 (7/00)

Martin Abraham & Per Kropp: Die Bedeutung sozialer Einbettung für Konsumententscheidungen privater Akteure. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Nr. 11 (8/00)

Olaf Struck & Julia Simonson: Stabilität und De-Stabilität am betrieblichen Arbeitsmarkt: Eine Untersuchung zur betrieblichen Übergangspolitik in west- und ost-deutschen Unternehmen.

Nr. 12 (8/00)

Jan Skrobanek: Soziale Identifikationstypen? - Anmerkungen zur ganzheitlichen Erfassung der Typik von "Identifikation".

Nr. 13 (09/00)

Sonja Haug: Soziales Kapital, Migrationsentscheidungen und Kettenmigrationsprozesse. Das Beispiel der italienischen Migranten in Deutschland.

Nr. 14 (11/00)

Roger Berger, Per Kropp & Thomas Voss: Das Management des EDV-Einkaufs 1999. Codebook.

Nr. 15 (12/00)

Olaf Struck: Continuity and Change. Coping strategies in a time of social change.

Nr. 16 (12/00)

Olaf Struck: Gatekeeping zwischen Individuum, Organisation und Institution. Zur Bedeutung und Analyse von Gatekeeping am Beispiel von Übergängen im Lebensverlauf.

Nr. 17 (12/00)

Martin Abraham & Per Kropp: Die institutionelle und soziale Einbettung von Suchprozessen für wirtschaftliche Transaktionen: Das Beispiel der Wohnungssuche. (S. 415-431 in *Normen und Institutionen: Entstehung und Wirkungen*, herausgegeben von Regina Metze, Kurt Mühler & Karl-Dieter Opp. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2000).

Nr. 18 (05/01)

Georg Vobruba: Die offene Armutsfalle. Lebensbewältigung an der Schnittstelle von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.

Informationen und Bezugsmöglichkeiten:

Sascha Grehl, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig, bzw. <http://www.uni-leipzig.de/~sozio/> > Projekte > Arbeitsberichte

Nr. 19 (05/01)

Per Kropp, Christian Seyde & Thomas Voss. Das Management des EDV-Einkaufs - Soziale Einbettung und Gestaltung wirtschaftlicher Transaktionen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Beschaffung informationstechnischer Leistungen und Produkte durch Klein- und Mittelbetriebe. Abschlussbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Nr. 20 (08/01)

Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 1999/2000.

Nr. 21 (08/01)

Olaf Struck (Hrsg.): Berufliche Stabilitäts- und Flexibilitätsorientierungen in Ostdeutschland. Ergebnisse eines Forschungspraktikums.

Nr. 22 (11/01)

Per Kropp: "Mit Arbeit - ohne Arbeit" Erwerbsverläufe seit der Wende. Codebook.

Nr. 23 (11/01)

Per Kropp & Kurt Mühler: "Mit Arbeit - ohne Arbeit" Erwerbsverläufe seit der Wende. Abschlussbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Nr. 24 (11/01)

Regina Metzke & Jürgen Schroeckh: Raumbezogene Identifikation in Low- und High-Cost-Situationen. Zur Systematisierung von Entscheidungskontexten.

Nr. 25 (11/01)

Regina Metzke & Jürgen Schroeckh: Kooperationsregeln als Kollektivgut? - Versuch einer kulturalistischen Erklärung regionaler Kooperationsstrukturen.

Nr. 26 (04/02)

Sonja Haug, Ulf Liebe & Per Kropp: Absolvent 2000. Erhebungsbericht und Codebook einer Verbleibsstudie ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie.

Nr. 27 (04/02)

Martin Abraham: Die endogene Stabilisierung von Partnerschaften: Das Beispiel der Unternehmensbesitzer.

Nr. 28 (05/02)

Sylke Nissen: Die Dialektik von Individualisierung und moderner Sozialpolitik: Wie der Sozialstaat die Menschen und die Menschen den Sozialstaat verändern.

Nr. 29 (08/02)

Georg Vobruba: Freiheit und soziale Sicherheit. Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat.

Nr. 30 (08/02)

Georg Vobruba: Die sozialpolitische Selbstermöglichung von Politik.

Nr. 31 (11/02)

Beer, Manuela, Ulf Liebe, Sonja Haug & Per Kropp: Ego-zentrierte soziale Netzwerke beim Berufseinstieg. Eine Analyse der Homophilie, Homogenität und Netzwerkdicke ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig.

Nr. 32 (12/02)

Haug, Sonja & Per Kropp: Soziale Netzwerke und der Berufseinstieg von Akademikern. Eine Untersuchung ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig.

Nr. 33 (01/03)

Andreas Diekmann & Thomas Voss: Social Norms and Reciprocity.

Nr. 34 (03/03)

Martin Abraham. With a Little Help from my Spouse: The Role of Trust in Family Business.

Nr. 35 (04/03)

Ulf Liebe: Probleme und Konflikte in wirtschaftlichen Transaktionen.

Nr. 36 (09/03)

Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 2001/2002.

Nr. 37 (09/03)

Manuela Vieth: Sanktionen in sozialen Dilemmata. Eine spieltheoretische Untersuchung mit Hilfe eines faktoriellen Online-Surveys.

Nr. 38 (10/03)

Christian Marschallek: Die "schlichte Notwendigkeit" privater Altersvorsorge. Zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik.

Nr. 39 (10/03)

Per Kropp & Simone Bartsch: Die soziale Einbettung von Konsumententscheidungen. Studienbeschreibung und Codebook der Erhebung 2003.

Nr. 40 (01/04)

Manuela Vieth: Reziprozität im Gefangenendilemma. Eine spieltheoretische Untersuchung mit Hilfe eines faktoriellen Online-Surveys.

Informationen und Bezugsmöglichkeiten:

Sascha Grehl, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig, bzw. <http://www.uni-leipzig.de/~sozio/> > Projekte > Arbeitsberichte

Nr. 41 (01/04)
Oliver Klimt, Matthias Müller & Heiko Rauhut: Das Verlangen nach Überwachen und Strafen in der Leipziger Bevölkerung.

Nr. 42 (02/06)
Thilo Fehmel: Staatshandeln zwischen betrieblicher Beschäftigungssicherung und Tarifautonomie. Die adaptive Transformation der industriellen Beziehungen durch den Staat

Nr. 43 (07/06)
Christian Seyde: Beiträge und Sanktionen in Kollektivgutsituationen: Ein faktorieller Survey.

Nr. 44 (07/06)
Christian Seyde: Vertrauen und Sanktionen in der Entwicklungszusammenarbeit: Ein faktorieller Survey.

Nr. 45 (12/06)
Ivar Krumpal & Heiko Rauhut: Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuellen Landtagswahlentscheidungen in der BRD? Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen (1996-2000).

Nr. 46 (12/06)
Heiko Rauhut & Ivar Krumpal: Ökonomie der Moral. Ein Test der Low - Cost Hypothese zur Durchsetzung sozialer Normen.

Nr. 47 (01/07)
Roger Berger & Rupert Hammer: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten.

Nr. 48 (12/07)
Stefan Pfau: Experimentelle Untersuchungen zum sozialen Austausch: Prüfung von Lösungskonzepten der kooperativen Spieltheorie.

Nr. 54 (12/08)
Roger Berger & Julia Zimmermann: Das Problem der Transaktionsbewertung bei Internetauktionen: Eine

Analyse des Bewertungssystems von eBay Deutschland unter Berücksichtigung der Freitextkommentare.

Nr. 55 (10/10)
Aline Hämmerling: Absolventenbericht: Absolventenstudie 2006 des Instituts für Soziologie in Leipzig.

Nr. 56 (05/11)
Thilo Fehmel: Unintendierte Annäherung? Theorie und Empirie sozialpolitischer Konvergenz in Europa

Nr. 57 (11/11)
Jenny Preunkert: Die Eurokrise - Konsequenzen der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung

Nr. 58 (01/12)
Thilo Fehmel: Weder Staat noch Markt. Soziale Sicherheit und die Re-Funktionalisierung des Arbeitsvertrages

Nr. 59 (10/12)
Kurt Mühlner: Möglichkeiten und Grenzen der Sozio-Langzeittherapie bei Chronisch Mehrfachgeschädigten Abhängigkeitskranken (CMA). Das Beispiel Zeitbewusstsein

Nr. 60 (03/13)
Roger Berger: Do Trained Actors Learn Strategic Behaviour or Are They Selected into Their Positions? Empirical Evidence from Penalty Kicking

Nr. 61 (05/13)
Roger Berger: How Reliable are the Marginal Totals in Cooperation Experiments in the Laboratory?

Nr. 62 (12/13)
Kurt Mühlner: Einstellung zur Videoüberwachung als Habituation.

Nr. 63 (09/14)
Holger Lengfeld & Jessica Ordemann: Occupation, Prestige, and Voluntary Work in Retirement: Empirical Evidence from Germany.

Informationen und Bezugsmöglichkeiten:

Sascha Grehl, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig,
bzw. <http://www.uni-leipzig.de/~sozio/> > Projekte > Arbeitsberichte